

Gießener Echo

Zeitung der Deutschen Kommunistischen Partei Gießen

Nr. 4/45. Jahrgang

April 2014

Schutzgebühr: 0,40 €

Barmer GEK: Für Arbeitsplätze kämpfen!

Die Meldung kam in der Schärfe unerwartet, für die Beschäftigten der Barmer GEK war es ein Schock. Die Hälfte der derzeitigen Geschäftsstellen soll geschlossen werden, vom Abbau von 3.500 Vollzeitkräften war die Rede. Die zuständige Gewerkschaft ver.di weist darauf hin, dass es sich in der Konsequenz um den Abbau von 4.500 bis 5.000 Arbeitsplätzen handelt, bei 16.900 Beschäftig-

ten bedeutet dies Wegfall mindestens jedes 4. Arbeitsplatzes. Die geplante Konzentration der Sachbearbeitung in großen Zentren hätte zur Folge, dass alle Beschäftigten betroffen sein werden. Die, die bleiben dürfen, müssen mit weitaus längeren Arbeitswegen und völlig neuen Aufgabengebieten rechnen, für viele keine wirkliche Perspektive. Gerade teilzeitbeschäftigte Frauen werden die Verlierer sein.

Und das alles im Interesse des „Kunden“, so der Vorstandsvorsitzende Straub. Allein schon, dass bei einer gesetzlichen Krankenkasse, einer Körperschaft des öffentlichen Rechts, von „Kunden“ statt von Versicherten gesprochen wird, wirft ein bezeichnendes Bild auf das Verhalten der Vorstandsetage. Da wo es Kunden gibt, da muss es auch eine Ware geben, die Ware Gesundheit. Und da wo es Waren gibt, da gibt es auch Profit. Das Gesundheitswesen ist längst ein Riesengeschäft, Krankenhäuser werden privatisiert, Pharmaindustrie und Medizingerätehersteller

(Fortsetzung auf Seite 3)



Inhalt:

Kapital + Kirche/Plakatierung	S.2
LaGa: da kann man nur fernbleiben	S.3
Hartz IV/Brandt-Schule/Tarifrunde	S.4
Der 100jährige Krieg/(Mindest)Lohn	S.5
Nazi-Graf/VfB1900/Biebertal-Sport	S.6
EU-Wahl: Darum DKP wählen	S.7
Termine	S.8

Warnstreiks im öffentlichen Dienst

Nachdem die erste Tarifrunde mit einer Frechheit der öffentlichen Unternehmen bei Bund und Kommunen begann, nämlich überhaupt kein Angebot vorzulegen, werden nun die notwendigen Warnstreiks durchgeführt. Die DKP fordert dazu alle Beschäftigten des öffentlichen Dienstes auf, an den jeweiligen Kampfmaßnahmen rege Beteiligung zu zeigen, gemäß dem alten Motto: von nix kommt nix. Die Provokation, ohne jegliches Angebot in Verhandlungen zu treten, bedarf einer deutlichen Antwort. Seit vielen Jahren leisten die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes gute Arbeit – bei Reallohnverlust, gestiegenen Anforderungen und Streß. Die DKP wünscht allen Kämpfenden langen Atem und viel Spaß im Arbeitskampf. Sie wird ihren Teil dazu beitragen, daß er mit deutlich verbesserter Vergütung, mehr Urlaub und Übernahme der Auszubildenden erfolgreich abgeschlossen wird. (s. Pressemitteilung auf Seite 4). H.R.



Für Frieden und Sozialismus!

DKP

Vermögensverteilung in der BRD: obszön!

Ende Februar hatte das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung bestätigt: das Vermögen der Reichsten wächst, während die Armen immer ärmer werden. Während die reichsten 1% ein persönliches Vermögen von mindestens 800.000 Euro besitzen, verfügt ein Fünftel über gar nichts. Das durchschnittliche Vermögen eines Arbeitslosen, der 2002 noch 30.000 Euro besaß, ist um 40% auf 18.000 Euro geschrumpft. Dieses Geld hat der Staat geraubt, indem er zwingt, Ersparnisse bis auf einen geringen Freibetrag zu verbrauchen, bevor er die Almosen des Arbeitslosengeldes II gewährt.

Die Studie offenbarte noch eine weitere Ungeheuerlichkeit: in keinem anderen Land der EU sind die Vermögen ungleicher verteilt als in Deutschland, ist die Kluft zwischen Reichtum und Armut größer. Auch nicht in Grie-

chenland, wo nach gängiger Vorstellung extremer Reichtum auf bittere Armut trifft.

„Die Vermögensschere in Deutschland ist nicht nur ungerecht und unsozial, sondern geradezu obszön,“ so der paritätische Wohlfahrtsverband.

Kirchen für Kapital

Auch beide Kirchen haben hierzu ein Papier verfaßt. „Gemeinsame Verantwortung für eine gerechte Gesellschaft“ nennt sich ihr umfangreiches Pamphlet, das aber außer halbherzigen Appellen nur heiße Luft enthält. Denn die „soziale Marktwirtschaft“ (ein altes Synonym für Kapitalismus) wird ausdrücklich als bestmöglichstes System bekräftigt. Und das nicht nur allgemein, sondern in jedem unsozialen Detail:

Staatsverschuldung? - „Nachvollziehbar und das Ergebnis von politi-

schen Entscheidungen, die sinnvollerweise parteiübergreifend getragen werden.“

Schuldenbremse? - „hilfreiches Instrument zur Haushaltskonsolidierung.“ (Der naheliegende Gedanke einer effektiven Vermögenssteuer kam ihnen nicht.)

Rente mit 67? - „Notwendig.“

Absenkung des Nettoertragssteuersatzes? - „Zwangsläufig.“

Hartz IV? Senkung der Zumutbarkeitsgrenzen? - „Eine Anstrengung zur Überwindung der Arbeitslosigkeit.“ Nachdem sie ausdrücklich diese Methoden zur optimalen Kapitalverwertung gebilligt haben, heucheln die Kirchen: „Gewinnmaximierung um jeden Preis ist moralisch unakzeptabel.“ Das Streben nach Höchstprofiten ist aber genau – bei Strafe seines Untergangs – die zwingende Logik eines jedes Kapitalisten. Erika Beltz



Das Kapital hat einen Horror vor Abwesenheit von Profit oder sehr kleinem Profit wie die Natur vor der Leere. Mit entsprechendem Profit wird das Kapital kühn. 10% sicher und man kann es überall anwenden; 20% es wird lebhaft; 50% positiv waghalsig; für 100% stampft es alle menschlichen Gesetze unter seinen Fuß; 300% und es existiert kein Verbrechen, das es nicht riskiert, selbst auf die Gefahr des Galgens. (aus: Karl Marx, "Das Kapital", Bd. 1, S. 788)

EU-Wahl in Gießen: Plakatkampf vor Wahlkampf

Angestoßen hatte die Debatte über die Plakatierung in Gießen zur EU-Wahl Michael Beltz. In seinem Antrag vom Oktober 2013 forderte er: „Für die nächsten parlamentarischen Wahlen wird die Plakatierung eingeschränkt... Begründung: Siehe Stadtbild vor dem 22. September 2013“ – und da war ganz Gießen tatsächlich mit Wahlplakaten zugesperrt. Zu diesem Zeitpunkt war die Stadt noch nicht durch das Übermaß an Pfosten so verunstaltet wie jetzt und man war seinem Anliegen nicht abgeneigt.

Jetzt will der Magistrat die Plakatierung innerhalb des Anlagenrings ganz

verbieten, ebenso in der Gutfleischstraße, Ringalle, Eichgärtenallee und weiteren Straßen. Davon abgesehen darf wieder alles zu plakatiert werden. Zur Erinnerung: früher hatte die Stadt große Tafeln aufgestellt, auf denen die Parteien die Flächen unter sich aufteilten (zusätzliche Plakate durften nur für öffentliche Veranstaltungen in begrenztem Zeitraum aufgestellt werden). Diese bewährte Praxis schlug nun auch die CDU wieder vor und brachte damit Chr. Nübel (SPD) auf die Barrikaden, der „nicht zulassen werde, daß mit Geldern aus dem städtischen Haushalt Plakatwände errichtet werden, die nicht einmal ge-

nügend Platz für alle Parteien hergeben.“ Was für ein Argument! Kein Geld für ein paar Plakatwände? Und zur EU-Wahl kandidieren 25 Parteien, mehr als 20 waren es bei allen EU-Wahlen und nicht auf jeder Wand müssen alle gleichzeitig vertreten sein. Nübel weiter: „Die Verteufelung der Wahlkampfplakatierung ist nicht mehr nachvollziehbar.“ Und: Plakatwahlkampf... darf nicht ohne Not und über Gebühr eingeschränkt werden. Wie bitte? Aber wegen der LaGa darf man? Oder besser: wegen der „Kunstleitpfosten“ zur LaGa? In Marburg und Wetzlar werden - wie immer - städtische Tafeln aufgestellt.

Pressemitteilung der BI "Stoppt diese Landesgartenschau":

Da kann man nur fernbleiben

In gut einem Monat beginnt die Landesgartenschau (LaGa) in der Stadt Gießen: Das Motto dieses Spektakels lautet „Auf zu neuen Ufern“. Angekündigt als ökologische und nachhaltige Veranstaltung, spricht die bisherige Bilanz eine ganz andere Sprache.

Der Bevölkerung wird ein beliebtes Naherholungsgebiet für fast 18 Monate vorenthalten. Darüber hinaus wurde der Lebensraum von zum Teil seltenen Tieren und Pflanzen in großen Teilen zerstört: seit Januar 2012 wurden **mindestens 350 Bäume gefällt**. Die **Ufervegetation des Schwanenteichs wurde massiv ausgelichtet**, obwohl ein erfolgreiches Bürgerbegehren für den Erhalt dieser vielschichtigen und ökologisch wichtigen Struktur vom Giessener Stadtparlament angenommen wurde.

Die Konsequenz: kein überhängender Bewuchs und somit u.a. **kein Brutraum mehr für eine der größten Populationen des Teichhuhns in Mittelhessen** und der Verunstaltung eines beliebten Spazierweges. **Kaninchen** wurden und werden rigoros gejagt: erst mit Frettchen, dann mit Waffen.

Ein Ende dieses Feldzuges gegen

die natürlichen Bewohner der Aue ist nicht abzusehen. Wir fragen die Stadt Gießen und die Verantwortlichen der Landesgartenschau in Gießen, wie sie mit dem Maulwurf umgehen werden?

Schlussendlich stellt die Bürgerinitiative fest, dass für Hessens größtes Gartenfest Tiere und Pflanzen, die dort über Jahrzehnt ihr Dasein fristeten, weichen müssen. Wir fragen ebenso:

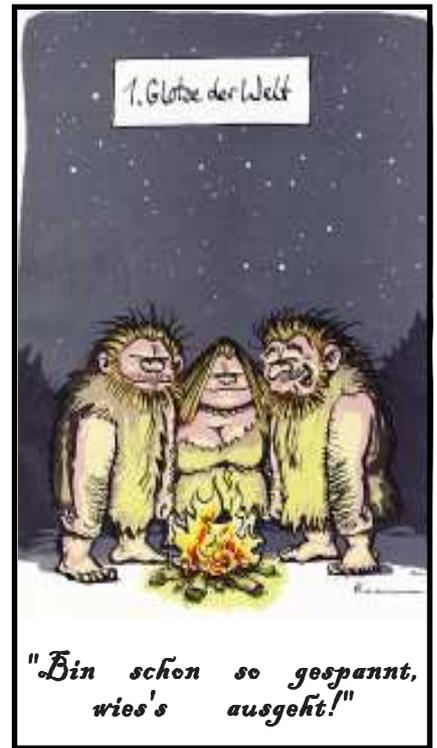
* Wo ist die Nachhaltigkeit der LaGa, wenn derart massiv in den Lebensraum von Tieren und Pflanzen, aber auch in den des Menschen eingegriffen wird?

* Wo ist die Nachhaltigkeit, wenn über torffreies Gärtnern aufgeklärt werden soll, aber torffreie Blumenerde bei der LaGa selbst nicht zum Einsatz kommt?

* Wo ist die Nachhaltigkeit, wenn das Catering nicht, wie vor der LGS angeregt, aus ökologisch und biologisch produziertem Angebot besteht?

* Wo ist die Ökologie, wenn durch die Großveranstaltung der Verkehr in der Stadt zunimmt? Das Gros der Besucher wird mit dem Auto anreisen.

Unser Standpunkt dazu: Da kann man als Konsequenz der Veranstaltung nur fernbleiben.



(Fortsetzung von Seite 1)

Barmer GEK

verdienen sich eine goldene Nase... Innerhalb der gesetzlichen Krankenkassen herrscht ein brutaler Verdrängungswettbewerb um die Gunst der „guten Kunden“. Alle spielen dieses Spiel mit, egal ob AOK, TK oder auch die Barmer GEK. Da spielt es auch keine Rolle was die weniger attraktiven „Kunden“ von längeren Anfahrtswegen zu ihrer Krankenkasse halten. Der „gute Kunde“ nutzt sowieso in erster Linie Telefon und Internet.

Es sieht so aus, dass sich die Kolleginnen und Kollegen der Barmer GEK wehren werden. Betriebsbedingte Kündigungen sollen verhindert werden, ein Tarifvertrag soll her um einen für alle sozialverträglichen Arbeitsplatzabbau zu gewährleisten und ähnliches mehr. Es bleibt abzuwarten, ob die Beschäftigten den Kampf um die Arbeitsplätze aufnehmen oder sich mit aktiver Unterstützung für Verhandlungen für sozialverträglichen Arbeitsplatzabbau begnügen werden. Fest steht, unsere Solidarität gehört den abhängig Beschäftigten der Barmer, wir wünschen ihnen viel Erfolg!

Die Barmer kalkuliert mit klaren Richtlinien: Während sich 2013 Vorstandsmitglieder eine 13% Erhöhung ihrer Bezüge gönnten, liegt das aktuelle Angebot für die Beschäftigten bei 1,3% - oder sollte da ein Komma falsch sein?



Als „Gerda“ maskierte Mitglieder der BI „Stoppt diese Landesgartenschau“ waren beim Fastnachtzug unterwegs und verteilten Handzettel mit einem Preisausschreiben, in dem die LaGa durch den Kakao gezogen wurde. Das kam gut an. Man kann noch mitmachen, im Internet unter: www.giessener-zeitung.de - suchwort "preisrätsel" - Für den Umweltpreis der Stadt Gießen wurde auch wieder die BI vorgeschlagen, die sich seit nunmehr zweieinhalb Jahren intensiv um die Erhaltung der Natur in der Wieseeckau einsetzt und auch einige – wenn auch kleine – Erfolge vorzuweisen hat. Die ausführliche Begründung kann nachgelesen werden:

www.dkp-giessen.de/pressemitteilungen/anzeigen/95

Hartz IV: es soll noch schlimmer werden

Die Bundesregierung der „GROKO“ hat beschlossen, die Hartz IV Gesetze bis zum Sommer zu überprüfen und dann „Rechtsvereinfachungen“ vorzunehmen. Und schon ist klar: es wird weitere Verschlechterungen geben. Im Gespräch sind die stärkere Anrechnung von sogenannten Aufwandsentschädigungen für ehrenamtliche Tätigkeiten, Veränderungen bei der Definition derer, die eine Bedarfsgemeinschaft bilden, sowie eine höhere Quote der Rückzahlung bei Dar-

lehen, die vom Jobcenter gewährt wurden. Nachdem die Hartz IV Gesetze, benannt nach dem ehemaligen VW-Manager, Sozialdemokrat und IG-Metallmitglied Peter Hartz, eingeführt wurden, hat es vielfache Veränderungen gegeben, und die endeten in der Regel in Verschlechterungen für die Anspruchsberechtigten. Es gilt nun die Entwicklung der Diskussion kritisch zu verfolgen und frühzeitig die drohenden Leistungsmin- derungen zu bekämpfen. H.R.



Tarifrunde öffentlicher Dienst:

3,5% wollen die Beschäftigten, 10% nahmen sich die Abgeordneten

Auf ihrer letzten Versammlung befaßten sich die Mitglieder der DKP Gießen mit den bevorstehenden Tarifverhandlungen im öffentlichen Dienst für die Beschäftigten bei Bund und Kommunen. Erika Beltz, Mitglied des DKP-Kreisvorstands bezeichnete die von der Gewerkschaft verdi aufgestellte Forderung in Höhe von 3,5% Lohnerhöhung plus einem Sockelbetrag von 100 Euro als ein Minimum, das durchgesetzt werden müsse. Es sei eine Verhöhnung der Beschäftigten, wenn Innenminister de Maiziere hier von Maßlosigkeit und leeren Kassen spreche, aber gleichzeitig die Diäten der bereits reichlich bedachten Bundestagsabgeordneten um monatlich 830 Euro auf 9082 Euro, das entspreche 10%, heraufgesetzt würden. Auch die von Steinmeier, Gauck und von der Leyen angekündigten neuen Auslandseinsätze der Bundeswehr würden zusätzliche zig Millionen verschlingen, die sinnvoller eingesetzt werden könnten – nicht nur für die Beschäftigten im öffentlichen Dienst, sondern auch in einer besseren finanziellen Ausstattung der hochverschuldeten Städte und Gemeinden. Hier sei gemeinsamer Druck auf die Bundesregierung notwendig, erklärte Erika Beltz. Hinsichtlich der Angestellten der Stadt Gießen verwies sie zudem auf die Landesgartenschau, deren Kosten nicht als Ausrede für niedrige Lohnerhöhungen herangezogen werden dürften. Ausdrücklich erklärte sich die Versammlung solidarisch mit den kommunalen Beschäftigten und bereit, sie in den bevorstehenden Tarifaueinandersetzungen zu unterstützen.

Diese Pressemitteilung wurde von der Gießener Allgemeinen Zeitung (im Gegensatz zum Anzeiger) auch nach 24 Tagen nicht abgedruckt - trotz mehrfacher Aufforderung



Pressemitteilung

Neues Millionengrab Willy-Brandt-Schule?

Nach jahrelanger Planung mit Kosten von gut 250.000 Euro für die Sanierung der Willy-Brandt-Schule (Kosten: 14 Millionen) wurden plötzlich "zufällig" wenige Stunden vor der Beschlussfassung im Schulausschuss des Kreistages neue Möglichkeiten entdeckt - z. B. ein Neubau oder die Anmietung entsprechender Räume an anderer Stelle.

„Doch der eigentliche Skandal - hinter dem Trauerspiel“, so Reinhard Hamel, Kreistagsabgeordneter des Linken Bündnisses, „besteht darin, dass der Kreis damit einem Investor auf den Leim geht, der seit Jahren in Gießen bei vielen Investitionen die Finger im Spiel hat.“ Es war dieser Investor, der vor sechs Jahren dem Kreis sein erstes großes kommunales Projekt vor Ort – die River Barracks – andiente. Mit dem Ergebnis, dass der Landkreis schon in den bisherigen sechs Jahren über eine Million mehr Miete bezahlt hat als die Sanierung des Landratsamts in der Ostanlage gekostet hätte. Nach 20 Jahren wird die Miete mehr als das Vierfache dieser Summe ausmachen. Ohne jedes eigene Eigentum an den Gebäuden wird der Kreis weiter von dem Investor abhängig sein, denn wer sonst kann schon Ersatzgebäude in dieser Größenordnung zur Vermietung anbieten.

„Nach dieser Erfahrung“, so Hamel, „müssen alle Warnlampen aufleuchten, wenn jetzt der Kreistag beschließen soll, erneut ein Mietobjekt dieses Investors im ehemaligen US-Depot für die Willy-Brandt-Schule zu prüfen.“ Seit Jahren wäre es möglich und notwendig gewesen, eine von Stadt und Kreis getragene Bewirtschaftung und Nutzung der von den US-Streitkräften geräumten Flächen im öffentlichen Interesse zu betreiben. Aber die Parteien der alten und neuen Koalition haben das Feld privaten Investoren überlassen, deren Entscheidungen heute weitgehende städteplanerische und strukturpolitische Folgen zeitigen.

Der hundertjährige Krieg

Eigentlich hätte das vereinigte Deutschland allen Grund, in Sachen Ukraine sich gegenüber Russland etwas sensibel zu verhalten. Der erste Weltkrieg war bereits verloren, als „der Sieger von Tannenberg“, Hindenburg, die Ukraine besetzt hielt und dort mit der Marionette Hetman Skoropadski seine Herrschaft aufrecht zu erhalten versuchte. Hitlers Griff nach der russischen Kornkammer und den anschließenden Rohstoffgebieten war durch die Einkreisung der Sowjetunion (Finnland, Ungarn, Bulgarien, Rumänien), wie es schien, bestens vorbereitet. Auch Adenauer kannte nur einen Fall, den Fall „Rot“ und musste sich vom sowjetischen Botschafter fragen lassen, wann er den hundertjährigen Krieg gegen die Sowjetunion beenden wolle. Die Sowjetunion brach zusammen, wie man sagen muss, weitgehend aus inneren eigenen Fehlern, und die Dankbarkeit gegenüber Gorbatschow schien in Worten groß. Der Westen sagte Russland zu, die Nato werde nicht näher als schon 1990 an die russischen Grenzen heranrücken. Pustekuchen! Das alte Spiel ist wieder im Gange: Russland ist die Apfelsine, die von außen nach innen geschält und nach und nach zerstückelt

werden soll. Russland findet sich im Zustand der zunehmenden Einkreisung: Estland, Lettland, Litauen, Polen, Tschechien, Ungarn, Bulgarien, Rumänien und nun soll im Süden der offene Riegel durch das große Land Ukraine geschlossen werden. Natürlich gilt auch der Krieg gegen Afghanistan der geostrategischen Einkreisung Russlands.

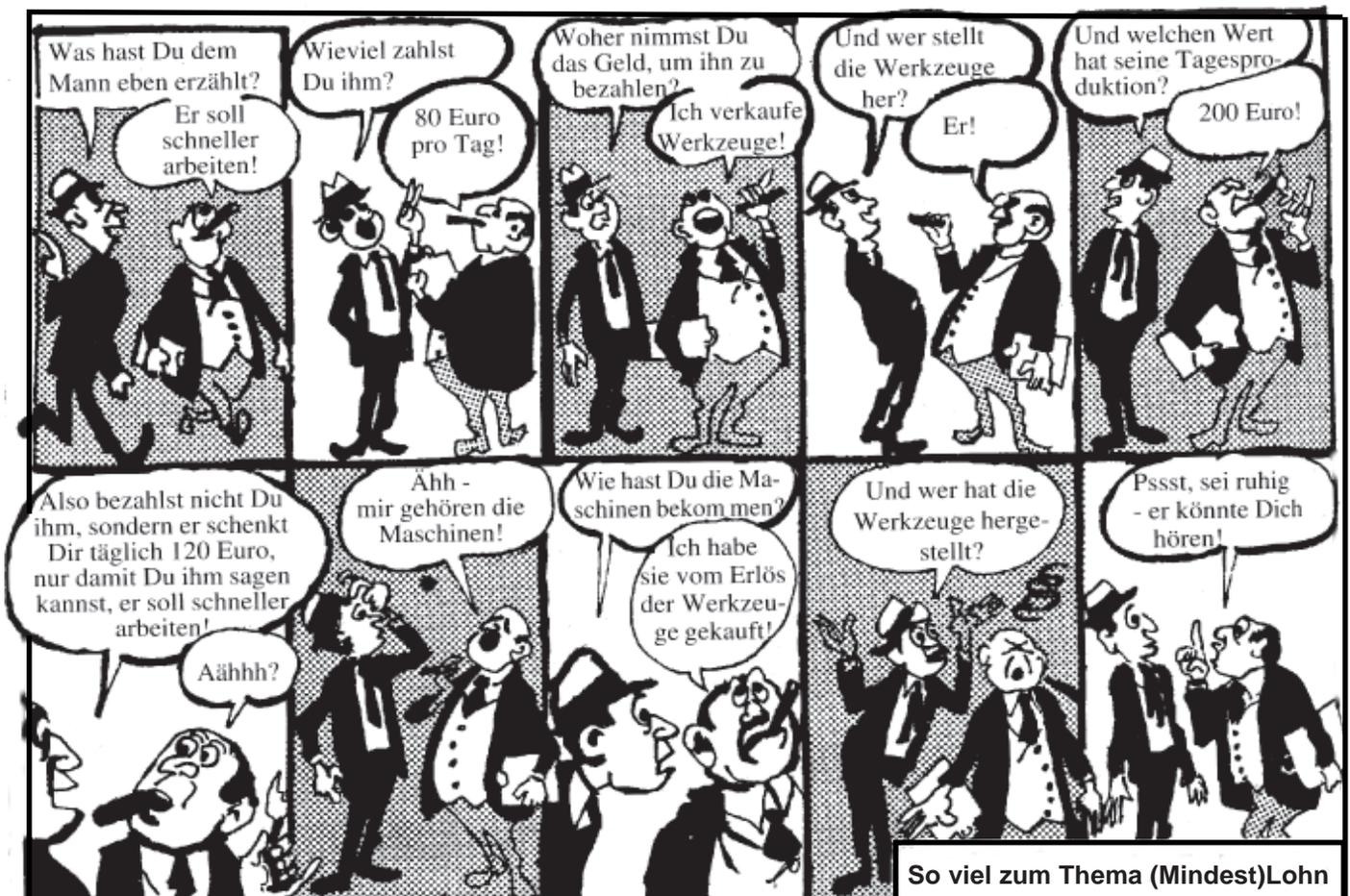
Zur Vertuschung läuft die deutsche Propagandamaschinerie wie geschmiert. Man betrachte das Titelbild des ach so kritischen Magazins „Der Spiegel“: Ein riesiger Putin schaut verächtlich auf drei harmlose Gnome herab, Obama, Cameron und unsere Angela. Obama droht leicht mit dem Finger: „Du, du, du, ich schmeiße dich mit Wattebäuschchen!“ Cameron reißt hinter Putins Rücken etwas den Mund auf und Frau Merkel als harmloseste von allen schwenkt lustlos ein weißes Kapitulationsfähnchen. Und falls jemand das Ganze immer noch nicht gerafft hat, lese er den Text: „Der Brandstifter – wer stoppt Putin.“ Es geht nicht darum, ob Putin ein engelsgleicher Demokrat ist. Aber die westliche Position der Verteidigung von Völkerrecht und Demokratie ist durch und durch verlogen. Da können die Völker Vietnams,

Es gilt das gebrochene Wort

1990 hatte der US-Außenminister Baker versichert, die NATO werde sich „nicht einen Inch weiter nach Osten ausdehnen“; und BRD-Außenminister Genscher versprach, „die NATO keinen Daumenbreit Richtung Osten auszu-dehnen“.

Lateinamerikas, Arabiens, Jugoslawiens ein Lied von singen. Und wen auch immer die Menschen der Ukraine als Regierung vor die Nase gesetzt bekommen, es werden Vertreter schwerreicher korrupter Oligarchen sein. Für deren Schutz sorgen auch faschistische Truppen. Eine der wenigen Stimmen der Vernunft hierzulande ist die von Erhard Eppler, dem früheren Entwicklungsminister und Leiter der SPD-Grundwertekommission. Er verweist auf Otto von Bismarck und der war bekanntlich kein Kommunist, aber er versuchte Realismus in die Außenpolitik zu bringen, indem er nicht noch so schöne Worte einer Seite für die Wirklichkeit nahm, sondern deren Interessen und Taten. Das westliche Handeln zeigt ein fortschreitendes militärisches Einkreisen Russlands, ein Weg, der letztlich sogar in den Krieg führen kann.

Klaus Mewes



Graf, Flugpionier, Nazi – was der Gießener Anzeiger verschweigt

Anfang des Jahres brachte der Giesener Anzeiger in 3 Folgen seiner Beilage „Heimat im Bild“ einen Bericht über den Flug des Grafen Friedrich zu Solms-Laubach von Köln nach Persien im Jahr 1927. Grundlage war das Buch dieses Grafen „Asienflug und Heimkehr“. Der Graf wird als feinsinniger und gebildeter Herr beschrieben. Mit dem Doppeldecker „Germania“ und zwei Mitfliegern kam er bis an den persischen Golf, dort verließ er wegen einer Verletzung seine Mitreisenden und trat eine abenteuerliche Rückreise an. Über die Menschen, die Lebensgewohnheiten, Speisen und Getränke in Vorderasien äußerte er sich in typisch deutscher Manier überwiegend abfällig. Ob seine Berichte der Wahrheit entsprechen oder ob er bei seinem Adelskumpel Münchhausen gelernt hat, wird in dem Artikel nicht hinterfragt.

Beim Blättern in ihren eigenen Archiven hätten die Redakteure des Giesener Anzeigers allerdings feststellen können, daß dieser feine Graf auch eine ganz andere Seite hatte. Er war Mitglied radikaler nationalistischer Organisationen, trat 1933 der NSDAP bei und wurde SA-Untergruppenführer. 1934 schenkte Solms der NSDAP ein Haus in Münzenberg, in das eine Hitlerjugend-Führerschule einzog. 1938 verbot er Juden das Betreten des Laubacher Schloßparkes. Sein jüngerer Bruder Bernhard war schon früher in die Nazi-Partei eingetreten, war SA-Standartenführer und NSDAP-Landtagsabgeordneter. In Laubach und Umgebung hat die gräfliche Familie großen gesellschaftlichen Einfluß, noch heute gibt es beim jährlichen Ausschuß-Fest einen Vorbeimarsch der Laubacher „wehrfähigen Männer“ am jeweiligen



Oberhaupt des Grafenhauses. Die beiden Solms-Brüder spielten eine wichtige Rolle bei der Etablierung des Nazi-Faschismus in Oberhessen. Davon war im Gießener Anzeiger leider keine Rede. Den Abdruck eines qualifizierten Leserbriefes von J.P. Jatho, der die Nazi-Zeit in Oberhessen gründlich erforscht hat, lehnte die Zeitung ab. Gernot Linhart

Neue Gerüchte um den VfB 1900

Nachdem ehemalige Großmannsucht des Vereins und seiner Macher mit Uwe Bein, Horst Heese und Peters überwunden waren, tauchen neue Vermutungen auf. Eine Gruppe aus Frankfurt wolle den VfB in die zweite Bundesliga bringen und dafür die Voraussetzungen mit einem neuen Stadion und Spielern aus der Gießener Nachbarschaft schaffen. Die TSG Wiesack hatte ähnliche Absichten gegenüber dem VfB 1900 abgelehnt. - Zuerst sollten die Fragen mit dem Flutlicht und die Häufigkeit der Trainingszeiten geklärt werden. Gab es da nicht noch ein Problem mit dem Ausbau der Tribüne? M.B.

Gießener Echo

Hrsg: DKP Kreisvorstand Gießen; verantwortl.: Erika Beltz, erscheint monatlich. Bezugsgebühren: 20 € im Jahr (inkl. Versandkosten). Konto: Nr. 193070 Sparkasse Gießen, BLZ 51350025 bzw. IBAN: DE75 51350025 0000 1930 70, BIC SKGIDE5F. Druck: Druckkollektiv Bestellungen, Leserbriefe, Anfragen an: Gießener Echo, Postfach 110226, 35347 Gießen, E-Mail: dkp@dkp-giessen.de. Im Internet: www.dkp-giessen.de Ich möchte:
O das Gießener Echo abonnieren
O das Gießener Echo online (pdf) abonnieren

Name:.....

Adresse:
.....

e-mail:

Leserbrief

Derbe wird gegen die Energiewende seitens der Industrie gewettert: Die Ökostrom-Förderung blockiere den Fortschritt und helfe nicht dem Klima. Das ist eine dreiste Lüge! Zahlen des Umweltbundesamtes beweisen, das Erneuerbare Energiegesetz (EEG) ist Klimaschutzinstrument Nr. 1, neben der globalen Abrüstung. Es ist wichtig, dass wir heute erneuerbare Energien ausbauen und die Rüstung abschaffen. Wie stark das EEG Innovationen gefördert hat, zeigt sich schon daran, dass Strom aus Sonne zu 70% günstiger erzeugt wird, als noch im Jahr 2000! Wind-, Wasserkraft, Solar- und Bioenergie sowie Geothermie vermieden 2012 knapp 145 Millionen Tonnen CO₂. Falk Moldenhauer

Redaktionsschluß für das Mai-Echo: Di., 29.04.2014

Biebertal: Sportvereine sollen zahlen

Nun ist es auch im Kreis Gießen angekommen, das „dolle“ Rezept, die Finanzen der Kommunen zu verbessern. Man bittet einfach die Einwohner selbst zur Kasse. Biebertal hat da schon einen Weg gefunden. Die örtlichen Vereine sollen pro Stunde Nutzung der Sporthallen zur Kasse gebeten werden! Wem gehören eigentlich die Sportstätten und Bürgerhäuser und ähnliche Einrichtungen, und wer hat sie bezahlt? Milliarden werden den Banken und dem Großkapital in den Rachen geworfen, die Kriegspläne, getarnt unter dem Stichwort mehr Verantwortung für Deutschland, sollen finanziert werden und das Sterben öffentlicher Einrichtungen, wie bereits mit den Schwimmbädern geschehen, soll fortgesetzt und beschleunigt werden. Übrigens stieg dadurch die Zahl der Nichtschwimmer bereits deutlich an, besonders bei Kindern. Die DKP fordert: Keine Gebühren für die Vereine, die Hallen und ähnliche Einrichtungen nutzen, freier Zugang zu Sport- und Kulturstätten für die Vereine. H.R.

EU-Wahl: Darum DKP wählen

Bei vielen Wahlen ruft die DKP zur Wahl der Partei „Die Linke“ (PDL) auf, manchmal kandidieren Kommunisten auf den Listen dieser Partei. Bei der Wahl zum EU-Parlament aber kandidiert die DKP selbst, wie auch schon vor 4 Jahren. Warum kandidieren wir, warum sollte man uns wählen?

In der PDL haben sich vermehrt illusionäre Positionen zur EU durchgesetzt, es wird für möglich gehalten,

trag verpflichtet alle Mitgliedsländer zur permanenten Aufrüstung, die Militärdoktrin sieht weltweites militärisches Eingreifen vor. Undemokratisch – in der EU bestimmt nicht das Parlament, die wichtigsten Entscheidungen werden in den Kommissionen getroffen. Allerdings hat sich die EU nicht irgendwie dahin entwickelt, sondern war von vornherein so angelegt. Diese ursprüngliche Formulierung wurde gestrichen. Die Kräfte um Gregor

Gysi, die eine baldige Regierungsbestrebungen, haben daraus gemacht: „Die EU hat ihr Ziel, Frieden – auch sozialen – zu schaffen, aus den Augen verloren“.

Bei der Kandidatenwahl haben sich ebenfalls diese Kräfte durchgesetzt, fast alle Kandidaten könnten

auch für SPD oder Grüne kandidieren und werden sich im Parlament entsprechend verhalten. Deswegen ist die PDL bei dieser Wahl für uns nicht wählbar. Wir wollen ein Europa, in dem die arbeitenden Menschen der verschiedenen Länder solidarisch sind und sich nicht gegeneinander auspielen lassen. Nicht der Profit der Banken und Konzerne soll im Vordergrund stehen, sondern die Interessen der Völker. Das wollen wir auch im EU-Parlament vertreten. Deswegen lohnt es sich, uns am 25. Mai die Stimme zu geben. Gernot Linhart



sie in ein friedliches und soziales Projekt umwandeln zu können. In einem Entwurf zur Präambel des Wahlprogrammes hieß es ursprünglich, die EU habe sich zu einer neoliberalen, militaristischen und undemokratischen Macht entwickelt. Die Einschätzung stimmt: Neoliberal – alle EU-Länder werden darauf ausgerichtet, die Profite der Banken und Konzerne zu maximieren, weite Bereiche der öffentlichen Daseinsfürsorge zu privatisieren und dem freien Markt möglichst großen Raum zu geben. Militaristisch - der EU-Ver-



NEIN zum Europa der Banken und Konzerne!

JA zum Europa der Solidarität und des Widerstands!

Am 25. Mai ~~DKP~~ wählen.

Liebe Leserinnen und Leser,
 wir bedanken uns herzlich für alle eingegangenen Spenden und bitten nochmals um Überweisung der Abo-Gebühren und um weitere Spenden. Die benötigen wir dringend, um das Gießener Echo auch in Zukunft in dieser Auflage herausbringen zu können. Diese Bitte richtet sich auch an unsere On-line-Leser. Das Gießener Echo ist verlässlicher Partner im Kampf gegen Krieg und Sozialabbau, gibt Informationen, die andere verschweigen und unterstützt viele Gießener Organisationen und Initiativen in ihrer Arbeit.
 Wir erinnern: Spenden an politische Parteien können von der Steuer abgesetzt werden. Das Finanzamt erstattet 50% des gespendeten Betrages. Konto siehe Impressum auf S. 6
 Es grüßt mit herzlichem Dank
 Die Echo-Redaktion

UZ unsere zeit
 Sozialistische Wochenzeitung

Woche für Woche Antikriegszeitung

Wochenzeitung der DKP
10 Wochen kostenlos testen
 CompressVerlag, Hoffnungs-
 Str. 18, 45127 Essen

Ostermarsch 2014

GIESSEN

Samstag, 19.04.2014 Infostand ab 11.30 Uhr, Seltersweg/Ecke Löwen-gasse

"Fünf vor 12" Kundgebung mit:

Ilse Staude (Begrüßung), **Eva Berck & Heide Blum** (Frauen für den Frieden), **Burkhard Staude** (IPPNW), **Klaus Zecher** (DGB-Kreisvors.)

Musik: Liedermacher **Ernst Schwarz**

VA: Gießener Friedensnetzwerk

FRANKFURT

Montag, 21.04.2014 Ostermarsch dezentrale Auftakte, der mittelhessische Ostermarsch beginnt dieses Mal um

11:30, Frankfurt, Gießener Str. 30 (US-amerikan. Generalkonsulat)

Abschlußkundgebung:

13:00 Römerberg,

VA: Ostermarschbüro Hessen

<http://www.frieden-und-zukunft.de>

MARBURG

Der Ukraine-Konflikt

Ursachen und Perspektiven.

Vortrag und Diskussion

Referent: **Dr. Gert Meyer**

ein Kenner Osteuropas.

am Montag, 31. März, 19.30 Uhr,

im Käte-Dinnebier-Saal,

Bahnhofstraße 6, Marburg,

DKP Marburg-Biedenkopf

SDAJ Gießen-Marburg

Mai-Veranstaltungen der DKP

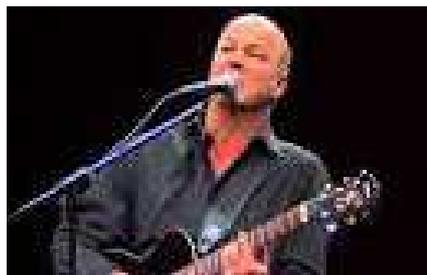
WETZLAR

gemeinsame Veranstaltung von DKP und LINKE

Freitag, 25. April, 20 Uhr, im FRANZIS (Franziskaner Str. 4-6)

Kulturveranstaltung

mit: **Kai Degenhardt**



Eintritt: 8 Euro/erm. 4 Euro

Einlass ab 18.30 Uhr

Ab 19 Uhr steht Kai Degenhardt zum Gespräch über das Thema "Wie viel Bewegung braucht das Lied" zur Verfügung. Moderation: **Klaus Petri**

GIESSEN

Samstag, 26. April, 19 Uhr, Café

Amelie, DGB-Haus

Begrüßung: **Helmut Appel**

Aktuelles: **Michael Beltz,**

Maiansprache: **Andreas Goerke.**

Gewerkschaftssekretär

Arbeiterlieder

von und mit:

Achim Bigus



Außerdem; Büchertisch, Infos zur EU-Wahl u.a.m.

Eintritt frei, Unkostenbeitrag erwünscht

UZ-PRESSEFEST VOLKSFEST der DKP

27.-29. Juni 2014

Dortmund

Revierpark Wischlingen

www.dkp.de

Das größte
Volksfest
der
Linken!



Kauft den
SoLi-Button zur
Finanzierung
des Festes

Samstag, 28. Juni:

Konzert mit

Konstantin Wecker

außerdem:

Esther Bejarano & Microphone Mafia, Kai Degenhardt, Erich Schaffner, Quijote, Klaus der Geiger.

Casa Cuba, Internationale Stände von 50 Organisationen und Parteien.

Konzerte & Kabarett, Kinderfest & Clownerie, Jugendbereich & Frauenprogramm, Äpfelwoi & Handkäs,

Spießbraten & Vegane Schnitzel, Internationale Spezialitäten, Zeltplatz & Strand zum Chillen. Infos hier:



**Spendet für das
Fest der Solidarität!**

Spenden bitte an: DKP-Parteivorstand
Konto-Nr.: 4002 487 501

GLS Bank Bochum, BLZ 430 609 67
Stichwort: "UZ-Pressefest"

Widerstand gegen Hartz IV

montags 18 - 19 Uhr, bei den 3 Schwätzern

Im 91. Lebensjahr verstarb unser Freund, Lehrer und Kampfgefährte

Heinz Nagel

Heinz war mit seinem Wissen und seinen Erfahrungen ein Kämpfer für Frieden. Aktiv in der Ostermarschbewegung seit den 60er Jahren bis heute, in "seiner" DFU (Deutsche Friedensunion), gegen Berufsverbote... - so bleibt er in unserer Erinnerung.

*Deutsche Kommunistische Partei
Kreisorganisation Gießen*